

Beiträge zur Zeitgeschichte



Von Dr. Klaus Rose

Nach der Frauen- nun die Migranten-Quote?

Ganz Europa ist ein Migranten-Kontinent. Das war schon in keltischen Zeiten so, das war während der Völkerwanderung so, das war durch die Ost-Kolonisation der deutschen Siedler im heutigen Polen, Ungarn oder Rumänien so. Als dann auch noch die riesigen Flüchtlingsströme anlässlich des 2. Weltkriegs für tiefgreifende Veränderungen sorgten und später wegen des Fachkräftemangels die Gastarbeiter unterwegs waren, verwirbelte sich die Bevölkerungsstruktur weiter, und nicht nur in Deutschland. Ein hoher CSU-Politiker erfand ehemals sogar das neue Wort „durchrasst“.

Es gehört seit jeher zur Innen- wie zur Außenpolitik, sinnvolle Gesetze zum Schutz des eigenen Stammes, der eigenen Nation, zu erlassen. Nirgendwo soll eine „Überfremdung“ erfolgen und nirgendwo soll die Kriminalität wegen des vermehrten Zugangs von Fremden zunehmen. Überall aber sollen wertvolle Arbeitskräfte möglichst kostengünstig tätig sein. Das gilt nicht bloß für Deutschland. Im fernen Taiwan beispielsweise hört man die offizielle Sorge, dass Süd-Korea, Singapur oder das zur Volksrepublik China gehörende Hong Kong wertvolle Fachkräfte abwerben, indem man sie dort besser bezahlt als in Taiwan selbst. Das schadet der eigenen Volkswirtschaft Taiwans, heißt es. In den neuen Arbeitsgebieten aber gehören die Taiwaner zur „Klasse der Ausländer“.

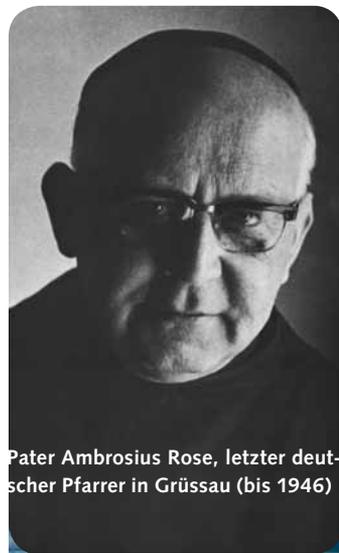
Eine neue Willkommenskultur?

Die „Bayerische Staatszeitung“ brachte am 6. Mai 2011 einen Kommentar von Alexandra Kournioti mit der Überschrift „Überfälliges Instrument“. Sie lobte darin die von der SPD geplante Einführung einer „Migrantenquote“ für alle Parteien als „eine gesellschaftspolitisch zeitgemäße Entscheidung“. Die SPD als „ehemalige Gastarbeiterpartei“ wolle neue Wähler binden, urteilt Kournioti. Sie biete auch „ein Stück Willkommenskultur“. Denn es sei Realität, dass in Deutschland etwa zehn Prozent Ausländer leben. Diesen müsse

man mehr Integration anbieten. Das Thema Integration hatte übrigens Ex-Bundespräsident Christian Wulff auf seine Fahnen geschrieben. Sein Nachfolger Joachim Gauck tat es ihm anlässlich seiner Vereidigungsrede im Deutschen Bundestag gleich („In unserem Land sollen alle zu Hause sein können“).

Den Öffentlichen Dienst öffnen?

Zu Beginn des Jahres 2012 kamen Vorschläge aus der Bundesregierung, den Öffentlichen Dienst mit qualifizierten Menschen aus der Zuwandererschicht zu besetzen. Wenn es sich um Angehörige der zweiten oder gar der dritten Generation von Einwanderern handelt, und zwar mit deutscher Staatsangehörigkeit, ist mit Sicherheit gar nichts einzuwenden. Außerdem: Bauingenieure, Elektrotechniker oder Entwicklungs-Spezialisten werden in deutschen Unternehmen gebraucht und gesucht. Nicht selten sind die eingestellten Ausländer sogar in sicherheitsrelevanten Bereichen beschäftigt – und keiner hat Angst. EU-Bürger dürfen oder müssen übernommen werden, weil die Freizügigkeit für sie zum Tragen kommt. Soll das beim Öffentlichen Dienst anders sein? Was ist der Öffentliche Dienst? Lehrer? Da können selbstverständlich „Zugereiste“ gebraucht werden, aus mentalen und aus sprachlichen Gründen. Beamte und Angestellte in den Behörden? Wenn ein „Migrations-Bürger“



Pater Ambrosius Rose, letzter deutscher Pfarrer in Grüssau (bis 1946)



Kloster Grüssau in Schlesien am Riesengebirge.

alle Prüfungen bestanden hat, spricht nichts gegen ihn /sie. Dann hat er/sie ja auch längst den „Sprachtest“ hinter sich. Polizeidienst? Da könnte es knifflige Situationen geben, Beispiel Ausländerkriminalität. Soldatendienst? Sind wir, nach dem Wegfall der Wehrpflicht, auf dem Weg zur „Fremdenlektion“? Sind türkisch- und arabischstämmige Soldaten nicht von Haus aus ein Sicherheitsrisiko? Wie steht es auch mit ausländischen Geistlichen, die vielleicht verbeamtet werden können? In der katholischen Kirche helfen viele Polen oder Inder aus. Ohne sie müsste manche Pfarrei schnell geschlossen werden. Aber dürfen und sollen diese ausländischen Patres auf Dauer bleiben? Bei gleicher Bezahlung wie einheimische?

Geschichte als Vergleichsangebot?

Aus der Geschichte lernen sollte nicht verboten sein. So hat zum Beispiel die deutsche Kolonisation im „deutschen Osten“ seit dem 13. Jahrhundert viel mit Glaubensausbreitung und Schulung durch Geistliche zu tun. Natürlich waren es auch die Bauern, die Handwerker, die Krieger oder die Kauf-

leute, die nach neuen Herausforderungen suchten. Sie alle wurden als „wehrhafte Siedler“ zur Absicherung der dünnen Grenzen im zerstrittenen polnischen Herrschaftsbereich gebraucht. Aber besonders die Klostergründungen durch römisch-katholische Ordensleute bekamen wegen ihrer kulturellen Ausstrahlung den Charakter der Veränderung

Mönche aus dem böhmischen Braunau und nach der Wahl des 1. Abtes aus der Benediktiner-Kongregation von Beuron (1924) wurde das Deutschtum gepflegt, bis zur Vertreibung des Konvents im Mai 1946. Was heißt das im Zusammenhang mit polnischen oder indischen Geistlichen? Eigentlich gar nichts, denn ein indischer Konvent in Deutschland wür-

des Landes und seiner Menschen. Das ursprünglich dünn besiedelte polnische Schlesien wäre wohl niemals „deutsch“ geworden, wenn es nicht, neben den Städtegründungen nach Magdeburger oder Nürnberger Recht, die vielen neuen Klöster, besonders der Franziskaner und Zisterzienser, gegeben hätte. Ihre Konvente bestanden wegen der Ablehnung von polnischen Mitbrüdern ausschließlich aus Deutschen. In der Auseinandersetzung zwischen Herzog und Bischof traten die Konvente sogar aus der polnischen Ordensprovinz aus und wechselten zur sächsischen über. Vom 8. Mai 1242 gibt es die Stiftungsurkunde der Benediktinerpropstei Grüssau (Grüssobor), welche am Fuß des Riesengebirges im Ziedertal zwischen Landeshut und Trautenau gelegen war und am 8. September 1292 zur Zisterzienserabtei erhoben wurde. Bis zur Säkularisation 1803, also 500 Jahre lang, war die Klostergemeinschaft stolz auf ihren deutschen Charakter. Da war Schlesien auch schon preussische Provinz geworden, später eine bedeutende Provinz des Deutschen Reichs. Auch nach der Wiederbesiedelung durch

de keine überregionale Bedeutung bekommen, ein polnischer auch nicht. Er wäre nicht mehr als die berühmte Stecknadel im Heuhaufen. Mit einer großen Zahl von Koranschulen und Moscheen wäre manches anders. Da könnte sich der Charakter eines Landes, einer Großstadtbevölkerung so verändern wie damals bei der Ostkolonisation. Doch nur, wenn man die Integration der Neubürger vernachlässigt, wenn man ihnen fremde Rechtsräume zugesteht, wenn ganze Straßenzüge oder Siedlungen nach anderem Rechts- und Sozialsystem gestaltet werden. Gerade das soll aber durch eine intensive Integration vermieden werden. Diese ist wiederum Aufgabe der Regierenden und auch Auftrag der gesamten Bevölkerung. Städte nach türkischem oder vietnamesischem Recht darf es heutzutage in Deutschland, Frankreich oder in der Schweiz nicht geben. So ist die heutige Zeit eben doch anders als während der deutschen Ostkolonisation. Von Migranten-Quoten war damals natürlich noch keine Rede.